

Panzerschlacht von Bern

- 01.06.2023
- Die Weltwoche
- Hubert Mooser

Der Bundesrat im Kriegstaumel: Vergangene Woche hat die Landesregierung beschlossen, den Plan der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SIK-N) zu unterstützen und 25 Leopard-Panzer auszumustern. Sie sollen nach Deutschland verkauft werden. Bisher war bloss Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte-Partei) bereit, dem Druck von USA, EU und Nato nachzugeben und die indirekte Lieferung von Kriegsmaterial an die kriegführende Ukraine zuzulassen. Aber jetzt ist auch der Gesamtbundesrat vor dem Ausland in die Knie gegangen. Wende Berset's Wie genau die Panzerfrage diskutiert wurde, weiss man nicht mit Gewissheit.

Laut Tages-Anzeiger legte sich nur SVP-Bundesrat Albert Rösti quer. Was ist mit dem zweiten SVP-Magistraten Guy Parmelin, hat er sich ebenfalls dagegen ausgesprochen? Sein Umfeld versucht sich mit Wortklaubereien herauszureden. Der Bundesrat habe lediglich die Ausmusterung der Panzer beschlossen. Der Rückverkauf an den Hersteller sei damit nicht entschieden worden. Und Alain Berset (SP)? Er hatte kürzlich in einem Interview mit der NZZ am Sonntag betont, die Wiederausfuhr von Waffen aus Schweizer Produktion in die Ukraine sei ausgeschlossen.

Auch bei der Anfrage aus Deutschland zum Rückkauf von Leopard 2 hatte der Bundespräsident Skepsis durchblicken lassen. Es gebe Regeln zum Nichtverkauf von Waffen, bei denen keine gesetzlichen Ausnahmen möglich seien. Das Parlament diskutiere zwar Änderungen, doch sei jetzt nicht die Zeit dafür. Jetzt hat der Bundesrat mit der Regel gebrochen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, und verlässt den Pfad der Neutralität. Für die SVP wäre es ein Tabubruch, sollte die Schweiz die ausgemusterten Panzer Deutschland zur Verfügung stellen und sollten dann auf diesem Weg indirekt modernste schwere Waffen an die Kriegspartei Ukraine gelangen.

Zudem könne niemand ernsthaft glauben, dass die paar Panzer einen Einfluss auf das Kriegsgeschehen hätten, monierte SVP-Präsident Marco Chiesa in der NZZ am Sonntag. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Thomas Hurter befürchtet, dass wir mit diesem Hin und Her um Waffenlieferungen unsere Glaubwürdigkeit auf Spiel setzen. «Wir würden uns besser klar neutral verhalten, uns für Verhandlungen anbieten oder für die Minenräumungen et cetera bereithalten», rät er weiter. «Egal, ob wir liefern oder nicht, wir würden von den europäischen Ländern immer unterschiedlich beurteilt werden - je nach Interessen der Staaten in Europa.» Eigentlich gäbe es in Amherd's Departement Wichtigeres zu tun.

Schon vor Monaten forderte die Sicherheitskommission des Ständerats von Amherd eine an die bisherigen Erkenntnisse aus dem Ukraine-Krieg angepasste Verteidigungsdoktrin für die Schweiz. Bis August sollte sie liefern. Die Mitte-Bundesrätin vertröstet jedoch auf später. Sicherheitspolitiker Hurter kann es kaum fassen, dass sich der Bundesrat stattdessen mit einem für die Schweiz so nutzlosen Detail wie der Ausserdienstsetzung von 25 Panzern befasst. Lücken der Bundeswehr Der Krimi um die Leopard 2 begann im Frühjahr 2022.

Nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges brütete das Parlament auch über einer sofortigen Erhöhung des Armeebudgets und einer Anpassung der Verteidigungsstrategie. Dabei rückten die in einer Lagerhalle in der Ostschweiz eingelagerten 96 Panzer ins Blickfeld. Der Ukraine-Krieg habe gezeigt, so liess sich der Präsident der Sicherheitskommission des Ständerates, Werner Salzmann (SVP), öffentlich vernehmen, dass die Schweiz auf Kampfpanzer nicht verzichten könne. Nun dachte man laut darüber nach, die eingemotteten 96 Leopard 2 für 350 bis 450 Millionen Franken technisch aufzumotzen und wieder in Betrieb zu nehmen. Doch nachdem sich Deutschland Anfang Jahr durchrang, der Ukraine ein paar seiner eigenen Leopards auszuhändigen, änderte die Diskussion plötzlich ihre Richtung.

Ein Teil der Schweizer Stahlkolosse sollte jetzt dazu dienen, die Lücken der Bundeswehr zu schliessen. Das war die Stunde der Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker. Sie gilt als der verlängerte Arm der Verteidigungsministerin. Im Januar preschte sie erstmals mit dem Vorschlag vor, einen Teil der eingelagerten Leopard 2 an den Hersteller zurückzukaufen. Keck rechnete sie vor, dass die Schweiz auf einen Drittel der 96 eingemotteten Panzer getrost verzichten könne.

Die Stimmung war gerade gut, denn die SIK-N hatte im Januar zwei Vorstösse angenommen, welche Waffenlieferungen in die Ukraine möglich machen sollten. Auf dem linken Fuss erwischte Riniker allerdings mit ihrem Antrag den eigenen Parteichef Grosse Manöver: Leopard 2. Thierry Burkart, der sich seit Ausbruch des Krieges mit den Sicherheitsthemen zu profilieren versucht. Der FDP-Präsident, sonst überaus galant gegenüber Frauen, wies die Parteikollegin und Landsfrau in der Aargauer Zeitung scharf zurecht. «Ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Schnellschuss und würde die Armeepolitik massiv einschränken.

Wir müssen zuerst politisch entscheiden, welche Fähigkeiten die Armee in Zukunft haben soll.» Riniker blitzte in der Folge mit ihrem Antrag ab. Im März 2023 kam aber erneut Bewegung in die Geschichte, die im Hintergrund von Bundestätin Amherd und ihrem Anhang befeuert wurde. Etwa zu dieser Zeit wurde nämlich bekannt, dass der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius und Wirtschaftsminister Robert Habeck in einem Brief an Amherd ihr Interesse an Schweizer «Leos» anmeldeten. Armeechef Thomas Süssli lancierte daraufhin erneut die Debatte, indem er im Radio erklärte, die Schweiz könne auf zwölf oder etwas mehr Panzer verzichten.

Nun doppelte Riniker im Parlament nach und reichte in der SIK-N einen weiteren Antrag ein, der diesmal deutlich angenommen wurde. SP-Vertreter in der Kommission waren umgeschwenkt. Während der Sommersession am 14. Juni wird sich der Nationalrat im Rahmen der Armeebotschaft 2023 damit befassen. Zwei Anträge stehen zur Debatte.

Erstens die Ausserdienstsetzung von 25 Panzern ohne Wenn und Aber. Variante zwei: Die Panzer werden nur ausgemustert, wenn sie an die Herstellerfirma zurückverkauft werden. Das Parlament soll den Weg ebnen für ein militärisches Ringtauschgeschäft: Die Schweiz verkauft die Panzer an den deutschen Hersteller zurück, der diese an Deutschland weiterreicht, damit die Bundeswehr ihre Lücken schliessen kann, die entstanden, weil sie eigene Kampfpanzer an die Ukraine geliefert hatte. Nur Grüne und SVP lehnen beide Anträge ab. Die Ausserdienstsetzung ist das «Buebetrickli», um neutralitätsrechtliche Aspekte elegant zu umgehen.

Denn der Bundesrat hatte 2006 entschieden, dass ausgemustertes Kriegsmaterial ohne Auflagen ans ursprüngliche Herkunftsland zurückverkauft werden kann. Gemäss dieser Sonderregel muss die Schweiz in einem solchen Fall keine Nichtwiederausfuhr-Erklärung verlangen. Im Fall der Leopard-Panzer heisst das: Die Schweiz könnte diese an die deutschen Hersteller zurückverkaufen, und diese wären danach frei, die Panzer weiterzugeben. Theoretisch sogar an die Ukraine. Kann man von Rückverkauf sprechen? Allerdings könnte der Panzer-Deal rechtlich komplizierter werden.

Die Frage steht im Raum, ob die Panzer in Deutschland hergestellt wurden und ob man hier überhaupt von einem Rückverkauf sprechen kann. Die Armee hat 1984 380 Panzer Leopard 2 beschafft. 35 davon wurden in Deutschland gekauft, und es wurde damit das erste Panzerbataillon ausgerüstet. 345 Panzer wurden unter Lizenz in der Konstruktionswerkstätte K+W in Thun gebaut. 60 bis 70 Prozent der Bauteile waren demnach rein schweizerisch.

Das VBS sieht darin kein Problem: «Ungeachtet des Produktionsstandortes gehören die Rechte am Leopard 2 der deutschen Industrie. Ein Rückverkauf an den deutschen Hersteller würde somit an das Ursprungsland, also an den Hersteller, erfolgen», gibt eine Sprecherin zu verstehen. Das letzte Wort hat aber ohnehin das Parlament. Die Ausserdienstsetzung ist das «Buebetrickli», um elegant das Neutralitätsrecht zu umgehen..